

**Grüne Fraktion im Kreistag**

**Fraktionsbüro**

Kölner Str. 296  
51645 Gummersbach  
Tel: +49 2261 24540  
Fax: +49 22 61 28695

Hemut Schäfer

Fraktionssprecher

Tel.: (02263) 1599

Helmut.schaefer@gruene-oberberg.de

An den Vorsitzenden des  
Ausschusses für Gesundheit  
und Notfallvorsorge  
Herrn Wolfgang Breloehr  
Moltkestr. 42  
51643 Gummersbach

**Gummersbach, den 08.04.2019**

**Antrag zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und  
Notfallvorsorge am 08.05.2019:**

Sehr geehrter Herr Herr Breloehr,

hiermit stellen wir für die kommende Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und  
Notfallvorsorge folgenden Antrag:

**" Vorbereitung auf mögliche und notwendige strukturelle und organisatorische  
Veränderungen des Not- und Rettungsdienstes im Oberbergischen Kreis**

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Umsetzung von Zielvorstellungen der  
Bundesregierung zur Einrichtung von Integrierten Notfallzentren an den  
oberbergischen Krankenhäusern mit bereits bestehenden Notfallpraxen in  
Organisationsverantwortung der Kassenärztlichen Vereinigung zu prüfen.

2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Zielvorstellung der  
Bundesregierung zur Einrichtung einer zentralen Notfallleistungsstelle zu  
einer abgestimmten und vereinheitlichten Einsatzsteuerung des  
ärztlichen Notfalldienstes und des Rettungsdienstes zu prüfen, die auch neuen  
Großschadensereignissen wie z.B. Hitzewellen zur Gefahrenabwehr gerecht werden  
kann.

3. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung eines neuen Rettungsbedarfsplanes die Ergebnisse der unter Pkt. 1 und 2 aufgeführten Prüfungen zu berücksichtigen.

### **Begründung:**

Das am 14.03.2019 im Bundestag beschlossene TSVG bereitet eine künftige Zusammenlegung der Notfallnummern 112 und 116117 vor, über die Notrufe in einer zentralen Notfalleitstelle landen und bearbeitet werden sollen.

Dazu s. TSVG S. 101 ff..

Die künftige Struktur wird vom BMG seit 12/2018 dargestellt.

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/notfallversorgung.html>

Der Rettungsdienst soll als eigenständiger Versorgungsbereich im SGB V geregelt werden.

**Die Konsequenzen für den Oberbergischen Kreis müssen beraten und geplant werden.**

- 1. Die vorhandenen Notfallpraxen an den oberbergischen Krankenhausstandorten müssen bei Umwandlung in Integrierte Notfallzentren räumlich auf die neuen Aufgaben angepasst bzw. verlegt werden.**
- 2. Die Einrichtung einer zentralen Notfalleitstelle sollte in der Kreisleitstelle organisatorisch, räumlich und personell in einer Zielplanung ins Auge gefasst werden.**
- 3. Die Einrichtung einer zentralen Notfalleitstelle auf Kreisebene schafft die Voraussetzung , größeren Schadensereignissen über bisher rein rettungsdienstliche Aufgabenbearbeitung bei zeitlich und räumlich begrenzten Einsatzlagen wie z.B. Massenanfall von Verletzten , Rauchgasexpositionen bei Großbränden u.ä. in einer zukünftigen gemeinsamen Einsatzlenkung des ärztlichen Notdienstes und des Rettungsdienstes mit Einsatz eines verbindlichen Triage-Systems zu begegnen. Dieses wird in naher Zukunft bei neuen im Rahmen des Klimawandels eintretenden möglichen mehrwöchigen Großschadensereignissen wie Hitzewellen der Fall sein. Bei Hitzewellen , die regional unterschiedlich ausgeprägt auftreten können , kommt es zu einer Exzess-Mortalität und massiven Gefährdung vulnerabler und exponierter Bevölkerungsgruppen, die eine regional verankerte und angepasste Einsatzsteuerung erfordern . Das bisherige Nebeneinander von einer zentralen Arztrufzentrale (Nr. 116117) in Duisburg in der Organisationshoheit der Kassenärztlichen Vereinigung aufgrund der Bestimmungen des §75 SGB V und des Rettungsdienstes aufgrund des §7 RettG NRW wird solchen künftigen Anforderungen nicht gerecht."**

Mit freundlichen Grüßen

Gummersbach, den 08.04.2019

für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen  
gez. Andrea Synisch

Dr.med. Ralph Krolewski

Kreistagsabgeordnete

sachkundiger Bürger